

Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Rathausplatz 1  
06766 Bitterfeld-Wolfen

### **Sitzungsniederschrift**

Der Haupt- und Finanzausschuss führte seine 30. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 02.09.2010, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:00 Uhr bis 21:35 Uhr, durch.

#### **Teilnehmerliste**

##### **stimmberechtigt:**

###### Vorsitz

Petra Wust

###### Mitglied

Dr. Wolfgang Baronius

i.V. von Herrn Lars-Jörn Zimmer

Klaus-Ari Gatter

Dr. Dr. Egbert Gueinzus

i.V. von Herrn André Krillwitz

Günter Herder

Gisela Lorenz

Mike Müller

i.V. von Herrn Dr. Holger Welsch

###### Mitarbeiter der Verwaltung

Rolf Hülßner

GBL Finanzwesen

Dirk Weber

FBL Stadtentwicklung

##### **abwesend:**

###### Mitglied

André Krillwitz

Jens Tetzlaff

Dr. Holger Welsch

Lars-Jörn Zimmer

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 02.09.2010, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

**Bestätigte Tagesordnung:**

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 29.07.2010	
4	Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen	
5	Vorbereitung der Stadtratssitzung am 09.09.2010	
5.1	Konzept zur Haushaltskonsolidierung des Haushaltes 2010 und Folgejahre als Anlage zur Haushaltssatzung gemäß § 92 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) i.V.m. § 23 Abs. 7 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik des Landes Sachsen-Anhalt (GemHVO Doppik LSA)	<b>Beschlussantrag 161-2010</b>
5.2	1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010	<b>Beschlussantrag 160-2010</b>
5.3	Beschluss über die Ergänzung des Unternehmensgegenstandes der MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	<b>Beschlussantrag 166-2010</b>
5.4	Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 03-2010btf "Am Plan" im OT Bitterfeld, hier: Abwägungsbeschluss	<b>Beschlussantrag 187-2010</b>
5.5	Beteiligung an der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehr durch die Stadt Bitterfeld-Wolfen (Reduzierung der Ausgleichszahlung ÖPNV)	<b>Beschlussantrag 193-2010</b>
5.6	Teilaufhebung Haushaltssperre USK 09610.40068 Vermessungskosten	<b>Beschlussantrag 198-2010</b>
5.7	Jahresrechnung 2007 Gemeinde Bobbau	<b>Beschlussantrag 203-2010</b>
5.8	Jahresrechnung 2008 Gemeinde Bobbau	<b>Beschlussantrag 204-2010</b>
5.9	Verleihung der Ehrennadel der Stadt Bitterfeld-Wolfen	<b>Beschlussantrag 211-2010</b>
5.10	Verleihung der Ehrennadel der Stadt Bitterfeld-Wolfen	<b>Beschlussantrag 212-2010</b>
5.11	Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für die Erweiterung des Aldi Marktes am Ergänzungsstandort Anhaltstraße im OT Bitterfeld	<b>Beschlussantrag 215-2010</b>
5.12	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
6	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	<b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</b>	
	Die Ausschussvorsitzende, Frau Wust, eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Es sind zu Beginn 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend; somit ist Beschlussfähigkeit gegeben.	
zu 2	<b>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</b>	
	Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Einwände. Diese wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.  einstimmig beschlossen	Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0
zu 3	<b>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 29.07.2010</b>	
	Zur Niederschrift vom 29.07.10 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird bestätigt.  mehrheitlich beschlossen	Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1
zu 4	<b>Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen</b>	
	<p><b>Herr Hülßner, GBL Finanzwesen</b>, informiert zunächst über die derzeitige Liquiditätslage. Das haushaltsmäßige Defizit beträgt derzeit –25 Mio EUR. Somit sind 50 % des Kassenkreditrahmens mit Stand 1.9.10 ausgelastet.</p> <p><b>Aufnahme eines weiteren Kredites in das Teilentschuldungsprogramm „Stark II“</b></p> <p>Des Weiteren geht er auf folgenden Sachverhalt ein, worüber den HFA-Mitgliedern eine entsprechende Information als Tischvorlage übergeben wird. Dazu erläutert Herr Hülßner, dass der Stadtrat am 16.06.10 einen Beschluss zur Umschuldung der Investitionskredite in Höhe von 14 Mio EUR gefasst hat. Die Investitionskredite wurden im Beschluss auch entsprechend terminiert, d.h. für das Jahr 2010 ist zunächst eine Umschuldung in Höhe von nur 40 TEUR vorgesehen gewesen. Die Investitionsbank hat nunmehr die Konditionen etwas gelockert, so dass man die Möglichkeit habe, einen zusätzlichen Kredit in Höhe von 1,6 Mio. EUR unterzubringen. Dies bedeute allerdings nicht, dass das Umschuldungsvolumen erhöht werden könnte, sondern dass man zeitlich gesehen eher in den Genuss der Teilentschuldung kommen könnte. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Teilnahme am Entschuldungsprogramm ist die Vorlage eines bestätigten Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Da die Stadt Bitterfeld-Wolfen für 2010 über ein solches verfügt, sollten die Chancen genutzt werden, mit einer möglichst hohen Umschuldung 2010 in das Programm einzusteigen. In Anbetracht der Dringlichkeit schlägt Herr Hülßner den HFA-Mitgliedern vor, am heutigen Tag zunächst einen vorläufigen Beschluss darüber zu fassen, um mit sofortiger Wirkung die Antragstellung ändern zu können. Einen entsprechenden Beschlussantrag würde man nach dem Muster der ausgereichten Tischvorlage zum nächsten Haupt- und Finanzausschuss nochmals formell richtig nachreichen und den Stadtrat entsprechend darüber informieren. Diese Verfahrensweise berührt den Grundsatzbeschluss des Stadtrates am 16.06.2010 nicht, da sich lediglich die Teilentschuldungsraten des Programmes verschieben</p>	

und dies nur die Umsetzungsstrategie des Beschlusses tangiert. Für die Stadt Bitterfeld-Wolfen wäre es in finanzieller Hinsicht auf jeden Fall von Vorteil.

Herr Hülßner und die OB gehen auf Anfragen von Seiten der Ausschussmitglieder ein.

**Die Ausschussmitglieder befürworten sodann die von Herrn Hülßner vorgeschlagene Verfahrensweise und fassen vorab mit 6 Ja-Stimmen einstimmig einen entsprechenden Beschluss, der zur nächsten HFA-Sitzung nochmals formgerecht auf die Tagesordnung kommt.**

Zur **Steuerschätzung mit Stand Mai d.J.** bemerkt der Geschäftsbereichsleiter, dass das Steuerniveau 2008 aus landesstatistischer Sicht erst im Jahre 2014 wieder erreicht werden könnte.

Zum **Jahresbericht des Landesrechnungshofes** bemerkt Herr Hülßner, dass die Überschüsse, die letztendlich alle Kommunen des Landes S.A. erwirtschaftet haben, von 2008 zu 2009 von 250 auf 30 Mio EUR drastisch gesunken sind, währenddessen die Landkreisüberschüsse von 2008 auf 2009 von 57 Mio auf 72 Mio EUR anstiegen.

#### **Einleitung der Diskussion über die Realsteuerhebesätze**

Im Hinblick auf das HH-Jahr 2013 bemerkt Herr Hülßner, dass man sich auf einen einheitlichen Hebesatz einigen muss. Man sollte die Diskussionen dahingehend in breiter Front beginnen und sich dabei allerdings nach den Grundsätzen der Haushaltskonsolidierung orientieren. Die Verwaltung wird dazu ein Informationspapier sowohl für die Stadträte, als auch für die Ortschaftsräte erarbeiten. Nach den momentanen Aufkommensverhältnissen müsste die Stadt einen durchschnittlichen Hebesatz von 333 % im Gewerbesteuerbereich festsetzen. Dieser Prozentsatz hätte zurzeit eine aufkommensneutrale Wirkung. Der Landesdurchschnitt hinsichtlich der Gewerbesteuer beträgt für das Jahr 2009 348 %, für die kreisangehörigen Städte 322 % .

Herr Hülßner äußert, dass man derzeit nicht in der Lage sei, bereits den zukünftigen Hebesatz für das Jahr 2013 zu bestimmen. Es sollte mindestens das 1. Halbjahr des Jahres 2010 abgewartet werden, bis man über entsprechende Kennziffergrundlagen verfügt. Es erscheint allerdings notwendig, die Öffentlichkeit vorher für dieses Thema zu sensibilisieren.

Es schließen sich Diskussionsbeiträge von Seiten des Gremiums an.

So schätzt **Herr Dr. Baronius** die Diskussionen über die künftigen Hebesätze in der Öffentlichkeit bereits zum derzeitigen Zeitpunkt als zu verfrüht ein; man würde dadurch Verunsicherung schaffen.

**Die Oberbürgermeisterin** äußert, dass man das Jahr 2011 nutzen sollte, weil man im Laufe des Jahres 2012 eine Entscheidung über die Hebesätze der gemeinsamen Stadt im Stadtrat treffen muss. Die Diskussionen sollten begonnen werden, damit sich auch die Firmen darauf einstellen können.

Der Meinung schließt sich auch **Frau Lorenz** an, dass man die Firmen der Fairness halber bereits rechtzeitig im Vorfeld über die Problematik informiert. Der niedrige Hebesatz bei den Gewerbesteuern war bekanntlich in der Vergangenheit ein wesentlicher Standortfaktor bei hier ansässigen Firmen.

**Herr Dr. Dr. Gueinzius** äußert, dass für die Firmen das Thema erst relevant sein wird, wenn es konkrete Vorstellungen gibt. Sie machen den Hebesatz für

	<p>sich abhängig von ihrer dann bestehenden wirtschaftlichen Entwicklung. Man sollte allerdings mit einer vernünftigen und offenen Diskussion darauf vorbereiten, dass es Veränderungen geben wird. Generell meint Herr Dr. Dr. Gueinzus, dass der Hebesatz für die Stadt eine bedeutende Einnahmequelle ist und die kommunalen Probleme der Stadt den Vorrang haben. Dies sollte in den Diskussionen herausgestellt werden.</p> <p><b>Die OB, Frau Wust</b>, resümiert, dass die Verwaltung entsprechende Informationen zum Thema an die Gremien vorbereiten wird, die in einer der nächsten HFA-Sitzungen vorliegen werden.</p> <p><b>Herr Hülßner</b> verweist sodann auf die Monatsanalyse zum Haushalt. Diese wird mit einem Stichtag nach der Steuerfälligkeit am 15. August erarbeitet und zur nächsten HFA-Sitzung vorgestellt.</p>	
<p><b>zu 5</b></p>	<p><b>Vorbereitung der Stadtratssitzung am 09.09.2010</b></p>	
<p><b>zu 5.1</b></p>	<p><b>Konzept zur Haushaltskonsolidierung des Haushaltes 2010 und Folgejahre als Anlage zur Haushaltssatzung gemäß § 92 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) i.V.m. § 23 Abs. 7 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik des Landes Sachsen-Anhalt (GemHVO Doppik LSA)</b></p>	<p><b>Beschlussantrag 161-2010</b></p>
	<p><b>Herr Hülßner</b> gibt zunächst einige Erläuterungen und geht auf die ausgereichten Unterlagen anhand einer Powerpoint-Präsentation ein. Zum Netto-Aufkommen bemerkt er u.a., dass derzeit immer noch der Zustand besteht, dass sämtliche Steuereinnahmen weitergereicht werden müssen. Eine 1. Änderung zur Nachtragshaushaltssatzung mit Stand 1.9.10 bzgl. der Aufwertungsmaßnahmen Wohnkomplex I in Wolfen-Nord wurde den Stadträten im Nachgang übermittelt.</p> <p>Im Übrigen bemerkt Herr Hülßner, dass der Stadtrat am Jahresanfang den Mut bewiesen hatte, einen Weg hinsichtlich der prekären HH-Lage aufzuzeigen und einen Beschluss zum Haushalt gefasst hat.</p> <p>Dies sei Voraussetzung dafür gewesen, dass die Kommunalaufsicht ihrerseits die Voraussetzungen für einen rechtswirksamen Haushalt geschaffen hat. Wenn man auch weiterhin konstruktiv mit der KAB zusammenarbeiten wolle, wäre es s.E. erforderlich, in diesem Rahmen auch den Auflagen formalrechtlich entsprechend Genüge zu tun. Sofern weiterer grundsätzlicher Diskussionsbedarf besteht, sollte man sich in den Fraktionen verstärkt in den wichtigen Planungsprozess 2011 einbringen, der inzwischen auch begonnen wurde.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> bemerkt, dass die CDU-Fraktion nach ausführlicher Beratung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung zur HH-Satzung 2010 Zustimmung zum Beschlussantrag signalisiert, weil der Nachtrags-HH nicht zu einer Grundsatzdiskussion genutzt werden sollte. Die Fraktion ist allerdings der Meinung, dass man hinsichtlich des Haushaltes 2011 tiefer in die Materie gehen müsse.</p> <p><b>Herr Herder</b> hinterfragt einige spezielle Punkte im HH-Konsolidierungskonzept, u.a. auf S. 2 Einsparung von Personalkosten und S. 4 Trägerwechsel für städtische Kindertagesstätten etc., wozu Herr Hülßner nähere Erläuterungen gibt.</p> <p><b>Frau Lorenz</b> äußert sich zur als Tischvorlage übergebenen 1. Änderung zur</p>	

	<p>Nachtragshaushaltssatzung im Zusammenhang mit den Aufwertungsmaßnahmen Wohnkomplex I in Wolfen-Nord. Für diese Maßnahmen sollen Fördermittel in Höhe von 403.200 EUR und Gesamtaufwendungen i.H. v. 448.000 EUR veranschlagt werden. Sie fragt, ob bis jetzt nicht klar war, dass Fördermittel kommen oder verhält es sich so, dass diese Maßnahme bisher nicht im Haushalt enthalten war, weil diese über einen Verfügungsfond laufen sollte und nun allerdings in den Haushalt aufgenommen werden muss.</p> <p><b>Herr Hülßner</b> bestätigt dies. Er erklärt, dass man bis dato den Standpunkt vertrat, dass diese Maßnahme außerhalb des Haushalts laufen könne. Da die Stadt allerdings Fördermittelempfänger ist, muss nach Auffassung der Kommunalaufsicht der Eingang der Fördermittel und der entsprechende Nachweis über die Sicherung des Eigenanteils im HH-Plan ersichtlich sein.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt sodann dem Stadtrat den BA 161-2010 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 5 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 5.2</p>	<p><b>1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010</b></p>	<p><b>Beschlussantrag 160-2010</b></p>
	<p><i>Herr Gatter nimmt ab 19:05 Uhr an der Sitzung teil; somit sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p><b>Herr Herder</b> äußert, dass Austauschseiten zur Nachtragshaushaltssatzung für ihn übersichtlicher gewesen wären, um besser vergleichen zu können. Er hinterfragt nochmals bei den Kita-Zuschüssen die konkreten Ursachen, weshalb diese am Jahresanfang noch nicht bekannt waren.</p> <p><b>Die OB, Frau Wust</b> erklärt, dass die Stadt verpflichtet sei, einen gewissen Anteil des Defizites zu zahlen. Man habe derzeit einen ganz anderen Stand als zu Jahresbeginn.</p> <p><b>Herr Herder</b> verweist auf S. 15 der Haushaltssatzung, 1. Nachtrag, („Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven und Bestand an Finanzmitteln“), 2. Textzeile, unter der Tabelle, wo vor der Zahl <b>10.156.028 €</b> (Finanzmittelbestand am Anfang des HH-Jahres) seiner Meinung nach ein Minuszeichen gesetzt werden müsste. Das wird von <b>Herrn Hülßner</b> bestätigt und wird im Zusammenhang mit der Berichterstattung im Stadtrat von ihm auch so mitgeteilt.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> erwähnt, dass die Betriebskosten für das Rathaus 70 TEUR an Mehrkosten aufweisen. Andererseits können die WBG und die Neubi zusammen eine Summe über 200 TEUR an die Stadt nicht leisten. Er fragt, ob die Stadt hier nicht Einfluss nehmen kann. Des Weiteren moniert er, dass die Verwaltung 13 Autos zur Verfügung hat. Außerdem spricht Herr Dr. Baronius die Mehrausgaben bei den Bibliotheken, Schulen und Kindertagesstätten an, die rd. 500 TEUR ausmachen. Ein weiterer Punkt, der ihn etwas stutzig gemacht habe, sei die Summe in Höhe von 2.554 EUR für Fraktionsräume und 2.416 EUR für entsprechende Betriebskosten im Haushalt. Er fragt, ob dies tatsächlich ausgewiesen werden muss. Herr Dr. Baronius hinterfragt ferner, was die Position Rückzahlung von</p>	

Fördermitteln beinhaltet.

Eine weitere Anfrage seinerseits geht in Richtung Kita Fuhnetal, wo insgesamt ca. 18 Planstellen, doppelt so viel wie bei allen anderen Kitas, ausgewiesen sind.

Zur Position Mehrgenerationenhaus äußert er, dass eine Differenz in Höhe von 584 TEUR zwischen Förderung und Kosten bestehe. Er möchte wissen, ob es hier möglicherweise noch andere Zuschussquellen gäbe, wo nicht der Haushalt der Stadt derart belastet wird (S. 120 im Mandatos).

**Die OB, Frau Wust**, verweist bei der Neubi und der WBG auf die Abwasserproblematik, die die Unternehmen in größerem Umfang trifft. Diese Kosten werden auch auf die Stadt zukommen.

Zu den in der Verwaltung zur Verfügung stehenden Autos gibt die OB zu bedenken, dass die Mitarbeiter im flächenmäßig großen Stadtgebiet bei ihren Einsätzen möglichst zügig vor Ort sein müssen.

Hinsichtlich der genannten Mehrausgaben in den verschiedenen Einrichtungen bemerkt Frau Wust, dass man z.B. bei den Kitas dazu verpflichtet sei, die bisher entstandenen Kosten im Haushalt erst einmal zu decken.

Insgesamt wird man jede einzelne Position im Rahmen der Haushaltsplanung 2011 nochmals auf den Prüfstand stellen und darüber diskutieren.

Zu den Fraktionsräumen könne sie im Augenblick keine näheren Auskünfte geben. Die Position wird nochmals geprüft.

Zur Position Rückzahlung Fördermittel äußert **Herr Hülßner**, dass diese sich zum einen auf die Zinsen (40 TEUR), zum anderen auf die Rückzahlung von Fördermitteln an sich bezieht (365 TEUR). Dies betreffe vor allem nicht in Anspruch genommene Fördermittel im Rahmen der Hochwassermaßnahmen, wo man die Abrechnungen noch abwarten muss.

Zur Anfrage von Herrn **Dr. Baronius** hinsichtlich der Planstellen in der Kita Fuhnetal bemerkt **Frau Wust**, dass diese die größte Kindereinrichtung (mit ca. 200 Kindern) im Stadtgebiet ist. Die Kindergärtnerinnen müssen tatsächlich vorgehalten werden, was Frau Wust noch näher erläutert.

Zur Position Mehrgenerationenhaus (S. 120 im Mandatos, S. 105 in der eigentlichen HH-Satzung – zur Übersicht über die Investitionsmaßnahmen) äußert Frau Wust, dass man die ausgewiesenen Zahlen nochmals in der Verwaltung auf Richtigkeit prüft.

**Frau Lorenz** verweist auf das Budget 43 (Stadtentwicklung) in der HH-Satzung, und zwar auf die Position Entwicklung von Bauleitplänen und Planung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, wo eine Summe von über 1,1 Mio EUR angegeben ist. Diese Summe verringert sich auch nicht in den darauffolgenden Jahren.

Aufgrund der HH-Situation sei es ihrer Meinung nach auch so, dass man nicht derartig viele investive Maßnahmen in den nächsten Jahren umsetzen könne. Wieso sind solchen hohen Ausgaben an Planungsleistungen ausgewiesen? Frau Lorenz bittet um Information, wie sich diese hohe Summe zusammensetzt.

**Die Oberbürgermeisterin** sagt zu, dass man diese Summe im Stadtrat entsprechend untersetzen wird.

Sie erwähnt dabei, dass man noch einen großen Teil an Fördermitteln zur Verfügung habe, der noch umgesetzt werden soll.

	<p><b>Herr Weber</b> ergänzt, dass man derzeit und künftig eine Menge an Leistungen habe, die man nicht in Form eines Städtebaulichen Vertrages klären könne. Hierzu zählen u.a. die komplette Bearbeitung der B-Pläne des ChemieParks, der Straße am Kraftwerk etc. sowie u.a. auch die Gutachterkosten und die planungsrechtliche Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes. Herr Weber bestätigt, dass man die Dinge nochmals entsprechend untersetzen wird.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt sodann dem Stadtrat den BA 160-2010 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<b>zu 5.3</b>	<p><b>Beschluss über die Ergänzung des Unternehmensgegenstandes der MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH</b></p>	<p><b>Beschlussantrag 166-2010</b></p>
	<p><b>Herr Weber, FBL Stadtentwicklung</b> informiert, dass der Wirtschafts- und Umweltausschuss dem Beschlussantrag mit 3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht zugestimmt hat.</p> <p>Die Midewa sucht derzeit nach weiteren wirtschaftlichen Betätigungsfeldern, um langfristige Umsätze erwirtschaften zu können. Es ist in den zurückliegenden 20 Jahren im Laufe der Entwicklung ein massiver Einbruch bei dem Verbrauch von Wasser etc. entstanden. Hierzu gibt es unterschiedliche Meinungen. Es besteht die Frage, ob es durch diese Ergänzung des Unternehmensgegenstandes Auswirkungen auf die Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen geben würde.</p> <p>Die Stadt ist allerdings auch gleichzeitig Gesellschafter mit geringen Anteilen an der Midewa.</p> <p>Man sollte nicht in den Wettbewerb eingreifen. Man sieht hier keine schädlichen Auswirkungen auf die Stadt Bitterfeld-Wolfen und die Stadtwerke. Letztendlich hat der Stadtrat bzw. die Stadt ohnehin Einflussmöglichkeiten, indem sie entscheiden, mit wem Konzessionsverträge abgeschlossen werden.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> bemerkt, dass auch die CDU-Fraktion die Dinge abgewogen hat.</p> <p>Die Mehrheit der Fraktion hat sich gegen die Annahme ausgesprochen; er selbst plädiert dafür.</p> <p><b>Herr Herder</b> hinterfragt, wie die Abstimmungsverhältnisse bei den Gesellschaftern dazu ausgefallen sind, worauf <b>Frau Wust</b> bemerkt, dass die Abstimmungsverhältnisse eine deutliche Mehrheit ergaben. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen hat sich allerdings bei der Abstimmung enthalten.</p> <p><b>Herr Dr. Dr. Gueinzius</b> meint, dass er sich ohne Analyse kein richtiges Bild hinsichtlich der Auswirkungen machen könne. Im Grunde genommen ist er auch der Ansicht, dass der Wettbewerb das Geschäft belebt. Er hätte jedoch auch Bedenken, wenn dies negative Einflüsse auf die Stadtwerke mit Rückwirkung auf den Haushalt der Stadt hätte.</p> <p>Nach Abwägung plädiert er allerdings auch dafür, den Beschlussantrag anzunehmen.</p> <p>Nach weiteren Wortbeiträgen zum Für und Wider empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat die Beschlussfassung des BA 166-2010.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<b>zu 5.4</b>	<p><b>Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 03-2010btf "Am Plan" im OT Bitterfeld, hier: Abwägungsbeschluss</b></p>	<p><b>Beschlussantrag 187-2010</b></p>

	<p><b>Herr Weber, FBL Stadtentwicklung</b>, informiert darüber, dass sowohl der Ortschaftsrat Bitterfeld als auch der Bau- und Vergabeausschuss den Beschlussantrag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen haben. Er teilt mit, dass die Anlage ergänzt wurde. Nach Fristende wurde noch eine Stellungnahme im Rahmen der Abwägung von envia Netz GmbH Halle (lfd. Nr. 37a) der Vollständigkeit halber aufgenommen. Es gibt keine negativen Auswirkungen. Außerdem gibt es auch eine Korrektur in der Abwägung beim Abwasserzweckverband auf S. 20, lfd. Nr. 28, Pkt. 3.1. Der Abwägungsvorschlag ist grundsätzlich fundiert worden, da er etwas unklar war. Beide Änderungen wurden im Session bereits eingearbeitet. Diese sind sowohl im Ortschaftsrat, als auch im Bau- und Vergabeausschuss bestätigt worden.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> bezieht sich auf eine Formulierung im Text zum Gesamtvorhaben, wo es lautet, dass in dem Gebiet betonaggressives Grundwasser vorhanden ist, was allerdings nicht zum Gegenstand der Abwägung gehört. Dies sollte gelegentlich geklärt werden.</p> <p><b>Herr Weber</b> weist darauf hin, dass dort Altlastenverdachtsflächen bestehen. Für diese Problematik ist der Landkreis zuständig. Wenn es in dem B-Plangebiet eines Tages zu Investitionen kommt, muss der Investor auf entsprechende Gutachten zurückgreifen oder, soweit nicht vorhanden, auf eigene Kosten entsprechende Gutachten anfertigen lassen.</p> <p><b>Die OB, Frau Wust</b> äußert, dass die Problematik, wenn notwendig, im Rahmen des Bau- und Vergabeausschusses aufgegriffen werden müsste.</p> <p><b>Frau Lorenz</b> spricht an, dass das Areal im überschwemmungsgefährdeten Bereich liegt. Es wird gesagt, dass es in Überschwemmungsgebieten eigentlich untersagt sei, neue Baugebiete usw. auszuweisen. Hier gehe es letztendlich darum, dass ein Kindergarten gebaut werden soll. Das letzte Hochwasser hat gezeigt, dass bestimmte Gebäude schon nicht mehr versichert sind. Sie fragt, wie hier die Versicherungsfrage geklärt ist.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> meint dazu, dass nach dieser Definition im OT Bitterfeld fast alle Areale zu den hochwassergefährdeten Gebieten gehören. Andererseits habe er immer wieder die Maßnahme Abschottung der Leine gegen Rückstau von Muldehochwasser am Bahndamm gefordert. 2011 soll diese Maßnahme angegangen werden. Wenn diese abgeschlossen ist, gestalten sich die Dinge auch anders. Hochwassergefährdetes Gebiet bedeute, wenn alle Dämme brechen und alle Schutzmaßnahmen versagen, sei man vom Hochwasser betroffen.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 187-2010 zur Beschlussfassung.</p>	<p>empfohlen</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 5.5</p>	<p><b>Beteiligung an der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehr durch die Stadt Bitterfeld-Wolfen (Reduzierung der Ausgleichszahlung ÖPNV)</b></p>	<p><b>Beschlussantrag 193-2010</b></p>
	<p><b>Die Oberbürgermeisterin</b>, informiert, dass der Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr dem Stadtrat den BA einstimmig und der Wirtschafts- und Umweltausschuss mehrheitlich (1 Nein-Stimme) zur Beschlussfassung empfohlen haben.</p>	

	<p><b>Herr Herder</b> äußert, dass es hier nicht darum gehen sollte, dass das Leistungsangebot eingeschränkt wird, wenn die Stadt die Zuschüsse reduziert. Hier soll der Aufgabenträger die Leistung finanzieren und nicht die Stadt Bitterfeld-Wolfen. Er ist der Meinung, dass sich die Stadt vom Aufgabenträger „über den Tisch ziehen lassen“ habe. Die Ausgleichszahlungen sollen noch bis zum Jahre 2014 gezahlt werden.</p> <p><b>Herr Weber</b> äußert, dass es seinerzeit ausdrücklich der politische Wille gewesen sei, mehr Leistungen des Stadtverkehrs für die Bürger vorzuhalten. Die HH-Lage der einzelnen Kommunen gestaltete sich allerdings damals bedeutend besser. Demzufolge sei es jetzt aufgrund der knappen Kassen der richtige Zeitpunkt, den Aufgabenträger zur Erfüllung seiner Aufgaben noch mehr zur Verantwortung zu ziehen.</p> <p><b>Frau Lorenz</b> verweist auf die Begründung zum Beschlussantrag. Hier lautet es u.a., dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass es zu Einschränkungen und Kürzungen im Fahrplanangebot kommen könnte. Wenn dann irgendwelche Leistungen künftig nicht mehr erbracht werden, könnte es dem Stadtrat angelastet werden, wenn der Beschluss im Stadtrat so gefasst wird. Im Übrigen ist sie der Meinung, dass generell im ÖPNV kleinere Busse eingesetzt werden sollten.</p> <p><b>Die OB</b> schlägt vor, diesen Satz (S. 2, 3. Absatz, letzter Satz) in der Begründung zum Beschlussantrag zu streichen.</p> <p><b>Herr Dr. Dr. Gueinzius</b> verweist u.a. auf die Ausführungen im Ausschuss ROVB zu diesem Thema. Er plädiert schließlich ebenso dafür, gem. Vorschlag der OB, den Satz in der Begründung herausstreichen. Er merkt auch kritisch an, dass man mit großen Bussen stündlich oder sogar halbstündlich im Stadtgebiet fährt. Dabei sollte auch die Umweltbelastung in Betracht gezogen werden.</p> <p><b>Die Oberbürgermeisterin</b> wiederholt abschließend, dass der Satz in der Begründung zum BA: „Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass es hiernach zu Einschränkungen und Kürzungen im Fahrplanangebot kommen könnte“ an genannter Stelle in der Begründung gestrichen werden soll. Sie wird dies im Stadtrat bei der Erörterung des Beschlussantrages mitteilen.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, bei Streichung des genannten Satzes in der Begründung, die Beschlussfassung des BA 193-2010.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<b>zu 5.6</b>	<b>Teilaufhebung Haushaltssperre USK 09610.40068 Vermessungskosten</b>	<b>Beschlussantrag 198-2010</b>
	<p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 198-2010 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">empfohlen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<b>zu 5.7</b>	<b>Jahresrechnung 2007 Gemeinde Bobbau</b>	<b>Beschlussantrag 203-2010</b>
	<p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 198-2010 zur Beschlussfassung.</p>	

		empfohlen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
<b>zu 5.8</b>	<b>Jahresrechnung 2008 Gemeinde Bobbau</b>		<b>Beschlussantrag 204-2010</b>
	Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 204-2010 zur Beschlussfassung.	empfohlen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
<b>zu 5.9</b>	<b>Verleihung der Ehrennadel der Stadt Bitterfeld-Wolfen</b>		<b>Beschlussantrag 211-2010</b>
	<p><b>Die OB</b> geht zu den beiden Beschlussanträgen 211 und 212 bzgl. der Verleihung der Ehrennadel kurz ein.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> bemerkt, dass die CDU-Fraktion zwar beiden Beschlussanträgen ihre Zustimmung gibt. Man weist allerdings darauf hin, dass man die Ehrennadeln nicht zu häufig verleihen sollte. Die „Messlatte“ sollte generell dabei etwas höher gelegt werden.</p> <p><b>Die Oberbürgermeisterin</b> pflichtet dem bei. Man habe auch andere Möglichkeiten, wie die Ehrenurkunde, die vergeben werden kann. In den beiden Fällen sieht sie allerdings die Vergabe der Ehrennadel als durchaus angemessen an.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 211-2010 zur Beschlussfassung.</p>	empfohlen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
<b>zu 5.10</b>	<b>Verleihung der Ehrennadel der Stadt Bitterfeld-Wolfen</b>		<b>Beschlussantrag 212-2010</b>
	Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 212-2010 zur Beschlussfassung.	empfohlen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
<b>zu 5.11</b>	<b>Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für die Erweiterung des Aldi Marktes am Ergänzungsstandort Anhaltstraße im OT Bitterfeld</b>		<b>Beschlussantrag 215-2010</b>
	<p><b>Herr Gatter</b> stellt dar, dass man nach ausführlicher Diskussion im Ortschaftsrat Bitterfeld mehrheitlich für die Erweiterung des Aldi-Marktes plädierte. Der Standort besitzt eine Art Klammerfunktion für die Ortsteile Greppin und Bitterfeld und sei für deren Versorgung von Bedeutung. Man sollte hier seiner Meinung nach auch nicht zu viel experimentieren. Wenn letztendlich noch ein Markt dort weggehen würde, wie zuvor der Baumarkt, könnte möglicherweise das Gesamtkonstrukt darunter leiden. Die Entscheidung liege bei den Märkten selbst. Es sei positiv, wenn Aldi dies nun mitträgt.</p> <p><b>Herr Weber</b> äußert, dass der Antragsteller der Immobilieneigentümer ist. Auf ausdrückliche Empfehlung des Ortschaftsrates Bitterfeld wurde nochmals mit Aldi Kontakt aufgenommen, wo man erkennen ließ, dass der Eigentümer im Sinne von Aldi handele.</p> <p><b>Die Oberbürgermeisterin, Frau Wust</b>, bringt zum Ausdruck, dass man bei dieser Problematik einen Konflikt habe. Sie verweist auf das</p>		

	<p>Einzelhandelskonzept, das für die Verwaltung das Handlungskonzept darstellt. Wenn man davon ständig abweicht, waren die Kosten umsonst. Da es hier allerdings unterschiedliche Auffassungen gibt, muss der Stadtrat letztendlich die Entscheidung treffen.</p> <p><b>Frau Lorenz</b> erwähnt ebenso das vom Stadtrat beschlossene Einzelhandelskonzept. Damit sollte die Zielrichtung verfolgt werden, im Stadtgebiet nach Möglichkeit bestimmte Handelsströme zu konzentrieren und Schwerpunkte zu setzen. Daran sollte man sich auch halten. Discounter habe man im Stadtgebiet schon genügend.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> verweist auf den vorletzten Satz in der Begründung zum Beschlussantrag, wo nach Rückfrage durch die Verwaltung am 25.08.10 das einvernehmliche Handeln zwischen Investor und Betreiber bestätigt wurde. Er sieht in der Erweiterung eines vorhandenen Marktes, was der Norm entspricht, keinen Widerspruch zum Einzelhandelskonzept. Es wird dadurch nichts Neues geschaffen.</p> <p><b>Herr Müller</b> bekräftigt, dass Aldi und Real einen wichtigen Nahversorger auch für den OT Greppin darstellen. Da man an diesem Standort lediglich die beiden Märkte habe, würde er der Erweiterung zustimmen.</p> <p>Nach weiteren Diskussionen empfiehlt der HFA dem Stadtrat den BA 215-2010 zur Beschlussfassung.</p>	<p>empfohlen</p> <p>Ja 5 Nein 1 Enthaltung 1</p>
<p><b>zu 5.12</b></p>	<p><b>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</b></p>	
	<p>Die Oberbürgermeisterin informiert über Folgendes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die ersten Beratungen zum Thema Campus haben stattgefunden. Die nächste Veranstaltung wird am Montag sein.</li> <li>- Am 16.08.10 war der Innenminister, Herr Hövelmann, auf Einladung vom MdL Herrn G. Kosmehl zu Gesprächen in Bitterfeld-Wolfen, wo es u.a. um die prekäre Haushaltslage der Stadt ging.</li> <li>-An den vergangenen Wochenenden waren Veranstaltungen im Rahmen der Feuerwehrjubiläen. Der Innenminister, Herr Hövelmann, nahm in Thalheim und in Bitterfeld an den Veranstaltungen teil und hat auch eine Würdigung der Arbeit der Feuerwehren vorgenommen.</li> <li>- Am 22.08.10 fand zur Landesgartenschau in Aschersleben der Tag von Bitterfeld-Wolfen statt.</li> </ul> <p>Man wird sich mit dem Thema auch noch hinsichtlich der Ausrichtung im Jahre 2022 beschäftigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zurzeit sind etliche Radio- und Fernseheteams vor Ort zu 20 Jahren Deutsche Einheit und stellen den Wandel in der Region dar. In der nächsten Woche werden wieder Gäste aus Japan hier weilen.</li> <li>- Das Industrie- und Filmmuseum hat von der Gesellschaft Deutscher Chemiker eine Auszeichnung als "Stätte der Chemie" bekommen.</li> <li>- Die OB teilt ferner mit, dass sie am Wochenende in der Partnerstadt Vierzon weilen wird, gemeinsam mit dem Ortsbürgermeister von Bitterfeld, Herrn Dr. Gülland.</li> <li>-Zur Thronicke-Stiftung wird am 7.09.10 die nächste Ausstellungseröffnung sein. Zum 90. Geburtstag von Herrn Thronicke sollte die Stiftung eröffnet werden. Die Bauarbeiten dauern allerdings noch an, so dass die Eröffnung des Hauses erst im Oktober stattfinden wird.</li> </ul>	

- Am 8.9.10 wird die Kultusministerin, Frau Prof. Dr. Wolff, im Heinrich-Heine-Gymnasium weilen.
- Die Justizministerin Frau Kolb wird am 08.09.10 im Hause zu Gesprächen sein.
- Am 12.09. findet der Tag des offenen Denkmals statt. Aus diesem Anlass werden das Kulturhaus und das Rathaus geöffnet sein.
- Außerdem erwähnt die OB, dass vor Ort einige Tagungen stattfinden werden: u.a. 20 Jahre Landgesellschaft vom 15.-16.09.10. Das Bundesministerium für Umwelt plant eine Tagung.
- Am 18.09.10 findet der Antigewalttag statt.
- Das Mehrgenerationenhaus wird am 20.09.10 eingeweiht. Dazu hat sich der Bauminister, Herr Daehre, angekündigt.
- Vom 21.-22.09. finden die Seniorentage statt.
- Zum Tag der Deutschen Einheit wurden Einladungen an die Stadträte und Ortschaftsräte versandt.

**Anfragen, Anregungen:**

**Herr Herder:**

- Das Logo der Stadtwerke sollte auf der Web-Seite der Stadt noch geändert werden.
- Er stellt erneut die Anfrage zum Mehrgenerationenhaus, wieviele Mietverträge abgeschlossen wurden.  
In dem Zusammenhang fragt er nach dem Stand zum BA 162-2010, der zurückgezogen wurde.

**Frau Wust** äußert, dass noch einiges geklärt werden muss. Zum Stand der Mietverträge erhält Herr Herder eine aktuelle Information.

**Herr Herder** hinterfragt des Weiteren den Stand zum Ersatzneubau "Traumzauberbaum", ob die Maßnahme in diesem Jahr noch begonnen wird. Ansonsten können seines Wissens die Fördermittel beim Landkreis nicht mehr abgerufen werden.

**Herr Weber** äußert, dass die Entscheidungen darüber im Stadtrat am 09.09.10 behandelt werden. Mit einem entsprechenden Beschluss kann ein Bauantrag gestellt werden. Der Stadtrat wird voraussichtlich in der Oktober-Sitzung endgültige Entscheidungen zu treffen haben.

**Herr Herder** bittet darum, dass er zur Feuerwehrsatzung, die im Entwurf vorliegt, das entsprechende Gutachten von Seiten der Kommunalaufsicht dazu erhält.  
Man einigt sich dahingehend, dass jede Fraktion zur Stadtratssitzung jeweils ein Exemplar bekommt.

Hinsichtlich des Sachsen-Anhalt-Tages moniert Herr Herder, dass sich die Stadt dort seiner Meinung nach nicht attraktiv genug präsentiert habe.

**Die OB** weist darauf hin, dass man auch die damit verbundenen Kosten bedenken muss. Andererseits präsentieren sich andere Kommunen auch im ähnlichen Rahmen. Die vorhandenen Messeaufsteller der Stadt könnte man zum Sachsen-Anhalt Tag im Freien nicht aufstellen.

**Herr Gatter** ist ebenso der Meinung, dass die Präsenz der Stadt im Land Sachsen-Anhalt zu solchen Anlässen überdacht werden sollte. Er fände es positiv, wenn sich die Stadt dort mit neuen Ideen einbringt.

	<p><b>Herr Dr. Dr. Gueinzius</b> verweist auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung, wo darüber informiert wird, dass der Ortschaftsrat Thalheim den Ortsbürgermeister zum Amtsverweser bestellt hat. Er fragt, wie die Stadt darauf reagiert.</p> <p>Die MZ informiert in diesem Artikel, dass der OT Thalheim, wahrscheinlich vertreten durch den Amtsverweser, eine Klage erheben will. Er fragt, ob die Klage erhoben wurde und was die Klage voraussichtlich beinhaltet.</p> <p><b>Frau Wust</b> informiert, dass an der Klage seit ca. 3 Jahren gearbeitet wird. Das Problem dabei sei, dass es keinen Klageberechtigten gebe. Daher habe Thalheim einen Rechtsanwalt eingeschaltet, der gesagt habe, dass ein Amtsverweser bestellt werden muss. Der Ortschaftsrat Thalheim hat einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Kommunalaufsicht ist tätig geworden und hat gesagt, dass es diesen im sachsen-anhaltinischen Recht nicht gibt und dieser damit nicht tätig werden kann und darf.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> äußert, dass er bei der Diskussion mit Herrn Hövelmann auch zugegen war und könne die Aussage hinsichtlich des Amtsverwesers bestätigen. Aus der Bezeichnung leiten sich weder Rechte noch Pflichten ab.</p> <p><b>Herr Dr. Dr. Gueinzius</b> ist der Meinung, dass die Stadt darauf reagieren sollte.</p> <p>Nach weiterer Diskussion einigt man sich dahingehend, dass die <b>Oberbürgermeisterin</b> in ihrer Berichterstattung zur Stadtratssitzung zu dieser Problematik etwas sagt.</p> <p><b>Herr Herder</b> bezieht sich auf die IBA-Ausstellung in Dessau, wo immer noch ein Ordner über E-Government zur Stadt Bitterfeld-Wolfen ausliegt, der entfernt werden sollte.</p> <p><b>Frau Wust</b> äußert, dass man dies nochmals in Angriff nehmen wird.</p>	
<b>zu 6</b>	<b>Schließung des öffentlichen Teils</b>	
	Die Oberbürgermeisterin schließt um 20:52 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.	

gez.  
Petra Wust  
Ausschussvorsitzende

gez.  
Ilona Bütow  
Protokollantin